Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. **Ausgabe 11 / Oktober 2025**

Vorgestellt:

Angelika Noack, mit Herz und Verstand Kommunalpolitikerin

Seit 1990 kümmert sich Angelika Noack um die Belange ihrer Heimatregion. In Wittstock ist die 69-Jährige seit der ersten Stunde Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, war Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Hauptausschuss und Vorsitzende des Bildungsausschusses. In all den Jahren hat sie gelernt, was die Leute bewegt. Es macht sie nachdenklich, dass auch die Wittstocker:innen derzeit der AfD mehr zutrauen als ihrer Partei, der Linken. Seit der Kommunalwahl 2024 gibt es von ihr und ihrer Partei nur noch zwei Vertreterinnen in der SVV. Weil sie auch weiterhin in den Ausschüssen – *„in denen die hauptsächliche Arbeit stattfindet, Anträge und wichtige Themen debattiert werden“* – mitarbeiten wollten, schlossen sie sich mit den SPD-Stadtverordneten zu einer Fraktion zusammen. In dieser ist Angelika stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Finanzausschuss. Auch als Mitglied des Kreistages Ostprignitz-Ruppin setzt sie sich für die Menschen in der Region ein. *„Wir vier Linksfraktionsabgeordnete haben uns die Arbeit aufgeteilt. Ich bin für Bildung, Kultur und Sport zuständig – Themen, bei denen wir genau hinschauen“*, sagt die ehemalige Lehrerin und fügt hinzu: *„Aktuell haben wir uns um die Übernahme der Neustädter Schule in die Trägerschaft des Landkreises gekümmert. Hoffentlich bremst das Bildungsministerium nicht, sodass es schon zum 1. Januar 2026 losgehen kann.“*

Am 11. November geht der Kreistag in Haushaltsklausur. *„Da werden wir auf jeden Posten schauen, damit wichtige Projekte nicht unter die Räder kommen. Kürzungen im Bildungsbereich sind für uns tabu, und auch für den Erhalt der Familienberatungszentren machen wir uns stark.“*

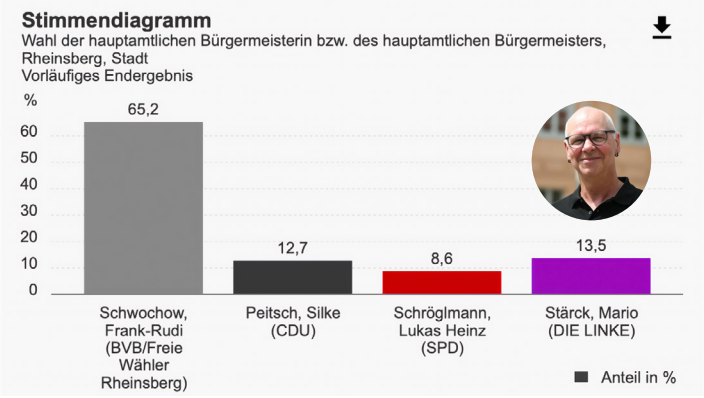
Angelika Noack, die in ihrer wenigen Freizeit leidenschaftlich im gemischten Chor Heiligengrabe singt, ist gern Kommunalpolitikerin. Es liegt ihr am Herzen, ihre Stadt und den Landkreis gemeinsam mit den Bürger:innen zu gestalten – lebens- und liebenswert.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Aufgeben ist keine Option

Rheinsberg hat gewählt und sich entschieden, dem Amtsinhaber weiter als Bürgermeister haben zu wollen. Wir haben den Kreisvorsitzenden und den Kandidaten der Linken um ihre erste Einschätzung gebeten.



Der Kandidat: Mario Stärck:

„Glückwunsch an Herrn Schwochow zur Wiederwahl. Ich danke meinen Wähler:innen für ihre Stimme und ihr Vertrauen. Ich danke auch meinen demokratischen Mitbewerber:innen für den fairen Wahlkampf. Einen besonderen Dank gilt meiner Familie und meinem Wahlkampfteam für die aufopferungsvolle Unterstützung in den letzten Wahlkampfwochen. Auch wenn ich mein Ziel die Stichwahl zu erreichen, deutlich verfehlt habe, bestätigt mich der klare zweite Platz in meinem Engagement für ein soziales und solidarisches Rheinsberg nicht nachzulassen. Zukünftig weiter in der Stadtverordnetenversammlung und im direkten Austausch mit den Bürger:innen.“

Der Kreisvorsitzende: Ronny Kretschmer:

„Mario Stärck war der beste demokratische Herausforderer, den die Rheinsberger Linke nominieren konnte. Trotz der großen Enttäuschung, danke ich herzlich für einen überaus engagierten Wahlkampf.

Den Rheinsberger Linken und allen Demokrat:innen in Rheinsberg wünsche ich in den nächsten Jahren gute Nerven, Standhaftigkeit und Beharrlichkeit, um für ein weltoffenes, demokratisches und solidarisches Rheinsberg zu kämpfen. Aufgeben ist keine Option.“

■■ *Gerlinde Krahnert*

Die Linke in NRW: Nach den Kommunalwahlen flächendeckend stark vertreten

Die Linke ist so flächendeckend präsent wie nie zuvor. Im Wahlkampf standen die Themen bezahlbares Wohnen, verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge, gute Bildung und Gesundheit sowie der entschlossene Einsatz gegen rechte Hetze im Mittelpunkt. Die Linke ist auch in NRW die verlässliche Ansprechpartnerin für eine sozial engagierte und demokratische Zivilgesellschaft.

In den 231 Kommunen (darunter alle 53 Landkreise und kreisfreien Städte), in denen sie antrat, konnte sie durchweg ihr Ergebnis verbessern. Im Landesdurchschnitt kam sie auf 5,6 Prozent. Das ist im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2020 eine Steigerung um 1,8 Prozentpunkte und das beste Ergebnis an Rhein und Ruhr in ihrer Geschichte.

■■ *Gerlinde Krahnert*

So sehe ich das: Die AfD und ihr NS-Gedankengut

Die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt lieferte einen weiteren Beweis für das in dieser Partei herrschende nationalsozialistische Gedankengut.
In Vorbereitung auf das 100. Jubiläum des Bauhauses in Dessau forderte die AfD-Fraktion, „eine einseitige Glorifizierung des Bauhaus-Erbes“ abzulehnen.
Die AfD wertet die Gebäude, die im Bauhaus-Stil errichtet wurden, als „Bausünden“. Weiter argumentiert sie, dass die Bauhausschule „fragwürdige Werte“ vertrete und somit als „Entfremdung des Menschen von seiner Umwelt gewertet werden“ könne.
Da tun sich ungeahnte Parallelen zur Nazi-Ideologie auf, die Bauten und Bilder im Stile des Bauhauses als „entartete Kunst“ diffamierte.
Ich stimme dem kulturpolitischen Sprecher der Linkspartei, Stefan Gebhardt, zu, der erwiderte, dass der Antrag eins zu eins der Lesart folge, die 1933 zur Schließung des Bauhauses geführt hatte. Das habe dazu geführt, dass die Nazis mindestens 21 Vertreter:innen des Bauhauses in KZs geschickt und ermordet haben. Und weiter: *„Die AfD zeigt damit deutlich, dass sie in der Nazizeit stehengeblieben sei und diese Barbarei gern zurückhätte.“*
Ich bin froh darüber, dass die demokratische Mehrheit des Landtages dem Antrag eine Abfuhr erteilte und deutlich zum Ausdruck brachte, dass die Bauhausgebäude nationale Kulturdenkmale sind.
■■ *Achim Müller*

In der Prignitz gibt es jetzt auch **Eltern gegen Rechts.**

Eine parteiunabhängige Initiative für Vielfalt, Demokratie und mit Fokus auf das Wohl unserer Kinder. Die Initiative lebt vom Mitmachen und Mitgestalten. Jede Person ist deshalb herzlich willkommen, aktiv mitzuwirken und sich für unsere demokratischen Werte stark zu machen.

Zu finden ist Eltern gegen Rechts Prignitz auf Instagram (@eltern_gegen_rechts_prignitz).

Bei Interesse einfach eine Nachricht über Instagram senden.

Neuruppiner AfD-Abgeordneter **zeigt sein wahres Gesicht**

Während der Tagung des Sozialausschusses der Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung am 9. September 2025 sprach sich der AfD-Stadtverordnete **Klaus Baumdick** gegen die Errichtung einer Gedenktafel für den Neuruppiner Kaufmann Arnold Jacoby aus. Jacoby war maßgeblich an der Errichtung des ehemaligen Magnet-Kaufhauses beteiligt. Als Jude wurde er von der Hitler-Diktatur enteignet und 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt (heute Terezín, Tschechien) deportiert. Noch im selben Jahr wurde er im Vernichtungslager Treblinka (Polen) ermordet. Seine Frau Erna wurde ein Jahr später in das Konzentrationslager Auschwitz (heute Oświęcim, Polen) deportiert und starb wahrscheinlich dort – bis heute gilt sie als verschollen.
In seiner Begründung machte Baumdick jüdische Menschen, die vom Nazi-Regime ermordet wurden, für Israels gegenwärtigen Völkermord an den Palästinenser:innen verantwortlich. „Die Juden“ seien heute diejenigen, die einen Genozid begehen.
Dieses Gleichsetzen von Menschen jüdischen Glaubens und dem Staat Israel ist antisemitisch. Das Projizieren der Gräueltaten Israels – der einhundertjährigen Kolonisation Palästinas, der millionenfachen Vertreibungen palästinensischer Menschen aus ihren Häusern und ihrer Heimat, der Errichtung eines Apartheidstaates, der nie endenden Massaker und des jüngsten Völkermordes – auf jüdische Menschen dient dazu, jüdische Personen zu dämonisieren, sie zu entmenschlichen, sie zu blutrünstigen Monstern zu erklären. Zudem wird weiterhin Geschwurbel von einer „jüdischen Weltverschwörung“ verbreitet: Jüdinnen und Juden werden wieder einmal zum Sündenbock für alles Übel gemacht.
Baumdick, der sich zum Fürsprecher der Palästinenser:innen erklärt, legitimiert so Jahrhunderte der Unterdrückung jüdischer Menschen, von Pogromen, die in der millionenfachen Ermordung während der Schoah gipfelten. Für ihn sind Jüdinnen und Juden keine Menschen, die arbeiten, ruhen, lieben und lachen – für ihn sind sie alle Mörder, Verschwörer und Parasiten. Für uns Demokrat:innen ist dies völlig inakzeptabel. Hetze wie diese darf nicht toleriert werden.
Vom Vorsitz des Ausschusses kam keine Mahnung, keine Rüge, kein Ordnungsruf. Wir sind entsetzt über ein solches Nichtstun. Wir fordern Konsequenzen für Baumdick und ähnliche Volksverhetzer. Wir fordern eine Sanktionierung Baumdicks sowie juristische Schritte.
Überrascht sind wir jedoch nicht. Die AfD hetzt seit nunmehr einem Jahrzehnt gegen Menschen mit Migrationshintergrund sowie gegen jüdischen und muslimischen Glaubens. Sie behauptet, die Einwanderung dieser Menschen bringe „importierten Antisemitismus“ mit sich. Mittlerweile haben ihnen bereits Politiker:innen aus der CDU und sogar den Grünen beigepflichtet. Nun zeigt sich hier in Neuruppin ganz konkret, worum es ihnen wirklich geht: um Angstmacherei und das Ausspielen verschiedener Menschengruppen gegeneinander. Wir Demokrat:innen lehnen dies scharf ab! Wir Demokrat:innen erklären unsere bedingungslose und uneingeschränkte Solidarität mit den Opfern der Völkermorde in Palästina und in Europa sowie mit allen unterdrückten Menschen.
„Nie wieder“ heißt „nie wieder“! „Nie wieder“ ist jetzt!
■■ *aufgeschrieben von Guilia*

Quo vadis Sozialstaat – Wehrt Euch!

Vor 35 Jahren beschloss die letzte Volkskammer der DDR den Anschluss an die Bundesrepublik – unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Man war fest überzeugt davon, die „Soziale Marktwirtschaft“ der Bonner Republik sei etwas ganz anderes als der Kapitalismus des Schwarzen Kanals – oder, für die jüngeren Leser:innen übersetzt: der reale Kapitalismus. Seitdem gibt es einen Angriff nach dem anderen auf die soziale Absicherung. Gegen die Einführung von Hartz IV gingen noch Tausende auf die Straße, vor allem im Osten. Beim aktuellen Angriff auf den Sozialstaat fehlen solche Proteste bislang. Nach kurzem Aufbegehren der SPD („Bullshit“) ist man sich in der Regierungskoalition einig: *„Wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten.“* Der Sozialstaat – das sind die Rechte und Ansprüche, die im besten Fall ein Leben in Würde für alle ermöglichen: Rentenzahlungen, Kranken- und Pflegeversicherung, Kindergeld, Kranken- und Wohngeld, Bürgergeld. Der Sozialstaat ist ein Solidarsystem, das Einkommen geringfügig von oben nach unten umverteilt, so Armutsrisiken mindert und ein Existenzminimum für alle sichert. Er wurde über viele Generationen hart erkämpft. Das wird schnell vergessen, wenn von Merz über Söder bis weit nach rechts außen der Kampf gegen die „Totalverweigerer“, Sozialbetrüger und Faulenzer geführt wird – gegen die, die auf „unsere Kosten“ leben, vor allem die Ausländer. Zustimmung garantiert. Dabei wird so viel gelogen, so viel „Bullshit“ geredet und gepostet, dass es sich lohnt, genauer hinzuschauen:

Den Vogel schießt wie immer die AfD ab. Zwei Abgeordnete brachten eine Grafik in Umlauf, nach der nur 5,3 Prozent aller Bürgergeldempfänger deutsche Staatsbürger seien. Tatsächlich bezieht sich die Prozentzahl aber nicht auf den Anteil am Bürgergeld, sondern auf die Gesamtbevölkerung. 5,3 Prozent aller Deutschen beziehen Bürgergeld – das ist deutlich mehr als die Hälfte aller Bezieher:innen.

Markus Söder benutzt ukrainische Flüchtlinge, um zu behaupten, Bürgergeld mache faul. Angeblich würden in Deutschland weniger arbeiten als woanders, weil sie hier mehr Geld vom Staat bekämen. Auch das ist falsch. Die Quote liegt im europäischen Mittelfeld. Die meisten ukrainischen Flüchtlinge sind alleinerziehende Frauen, denen der Kitaplatz fehlt. In Dänemark hat man als Erstes für Kitaplätze gesorgt und so den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Bei der Stimmungsmache geht es nicht darum, den Haushalt zu entlasten.

Die Kosten fürs Bürgergeld sind nicht gestiegen; einzig der Inflationsausgleich schlägt zu Buche. Durch schärfere Sanktionen ließen sich gerade einmal 0,6 Prozent des Bundeshaushalts einsparen.

Wenn man sich die Rhetorik genauer anschaut und die vielen Halb- und Unwahrheiten überprüft, lässt sich leicht erkennen: Das wirkliche Thema ist nicht, was „wir uns leisten können“. Es geht nicht einmal in erster Linie um das Bürgergeld. Es geht vielmehr darum, zu spalten und eine weitere Umverteilung von unten nach oben durchzusetzen. Es soll mehr und länger gearbeitet werden – zu noch schlechteren Bedingungen und niedrigeren Löhnen.

Gemeint sind am Ende wir alle. Es wird Zeit, sich zu wehren!

■■ *bms*

Christin Willnat (MdB, Die Linke) im Wahlkreis 56 unterwegs

Die Bundestagsabgeordnete Christin Willnat hat sich im vergangenen Monat schon einmal in unserer Region umgesehen. Am 14. September besuchte sie den Infostand des Landesverbandes der Linken auf dem Brandenburg-Tag in Perleberg, wo sie bei Slush-Eis und Popcorn mit Bürger:innen ins Gespräch kam. Am 20. September besuchte sie das Familien-Sommerfest des Kreisverbandes OPR in Neuruppin. Dort wurde sie vom Kreisvorsitzenden Ronny Kretschmer in einem Podiumsgespräch zu ihrer Arbeit als Abgeordnete befragt und konnte sich den Neuruppiner:innen vorstellen, bevor sie einen weiteren Termin auf der Aktivenkonferenz der Brandenburger Linken in Gnewikow wahrnahm.

Seit dem 2. Oktober ist ihr Wahlkreisbüro in der Kyritzer Wilsnacker Straße 1 für alle Interessierten erreichbar.

Wer Fragen, Terminwünsche oder Anregungen hat, wendet sich bitte an ihren Mitarbeiter, Christian Richter, unter *christin.willnat.ma06@bundestag.de*.

■■ *Christian Richter*

AUS DEM Kreistag

Die Linke
im Kreistag
Ostprignitz-Ruppin

Bericht aus dem Kreistag OPR – September 2025

Die Sitzung des Kreistages am 23. September hat gezeigt: Wir müssen lauter werden, wenn wir unsere Region nicht abhängen lassen wollen.

Positiv ist, dass der Landkreis ab dem 1. Januar 2026 die Trägerschaft für die Prinz-von-Homburg-Schule in Neustadt (Dosse) übernimmt – inklusive Sportkomplex und Wohnheim. Damit ist die Zukunft dieser wichtigen Schule vorerst gesichert. Doch dass dieser Schritt so spät kommt, ist Ergebnis jahrelanger Sparpolitik auf Landesebene. Brandenburgs Landesregierung redet viel über „Chancengleichheit“, lässt aber die Schulen im ländlichen Raum zu oft im Stich. Wir sagen klar: Bildung darf nicht vom Wohnort abhängen – Schluss mit der strukturellen Benachteiligung!
Noch deutlicher zeigt sich die Misere beim Wittstocker Klinikum. Tausende Menschen im Norden unseres Landkreises sind auf diesen Standort angewiesen. Doch durch die verfehlte Krankenhauspolitik in Potsdam und Berlin wird die Existenz der Klinik massiv bedroht. Die sogenannte „Krankenhausreform“ der Bundesregierung bedeutet nichts anderes als einen Kahlschlag in der Fläche. Zentralisierung mag in Ministerien gut klingen – in der Realität kostet sie Menschenleben, weil Rettungswege immer länger werden.
Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD/B90-Die Grünen, CDU/Wählergruppe KBV, Pro OPR und DIE LINKE im Kreistag Ostprignitz-Ruppin verpflichtet den Landrat, alles für den Erhalt des Klinikums zu tun – von Trägerwechsel über Sondergenehmigungen bis hin zu neuen Betreibermodellen. Aber klar ist auch:

Die Kreisverwaltung in der Fontanestadt Neuruppin

Ohne Druck auf Landes- und Bundespolitik wird das nicht reichen.
Wir Linke sagen: Gesundheit und Bildung sind Grundrechte – keine Ware und kein Kostenfaktor. Wer Krankenhäuser schließt oder Schulen kaputtsparen will, hat den Kontakt zur Lebenswirklichkeit verloren. Wir bleiben unbequem und kämpfen weiter – für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land!

■■ *Holger Kippenhahn, Fraktionsvorsitzender*

Bürgerhaushalt 2026 steht

Neuruppin. 1.369 Einwohner:innen der Fontanestadt haben sich in diesem Jahr an der Abstimmung für den Bürgerhaushalt 2026 beteiligt.

Aus den 32 den festgelegten Kriterien entsprechenden Vorschlägen erhielt der zur Anschaffung eines Defibrillators für das Haus der Begegnung in Karwe die meisten Unterstützer:innen (312 Stimmen).

In die Haushaltsplanung für 2026 fließen darüber hinaus folgende Projekte ein: Pavillons Dorfgemeinschaftshaus Buskow (264 Stimmen), Jugendkulturfestival 2026 (263 Stimmen), Wasserrutsche Jahnbad (214 Stimmen), Trinkwasserspender Sportplatz Puschkin-Schule (160 Stimmen). Das Budget dafür umfasst 106.040,70 €.

Jenny Salzwedel, Fraktionschefin der Linken in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin, freut sich über das Ergebnis:
„Der Bürgerhaushalt ist ein richtig tolles Mittel, um Ideen und Vorschläge der Bürger:innen zu erfahren und umsetzen zu können. Wir werben dafür, dass sich noch mehr Leute, auch Vereine und Initiativen, daran beteiligen.“

Die Einreichungsfrist für den Haushalt 2027 endet am 28. Februar 2026.
■■ *Gerlinde Krahnert*

EFFI Perleberg: Kinder und Jugendliche müssen beteiligt werden!

Seit Jahrzehnten ist das Perleberger Freizeitzentrum EFFI ein zentraler Treffpunkt für Kinder und Jugendliche.

Untergebracht im Haus der Freimaurerloge in der Wittenberger Straße, hatte es bisher eine ideale Lage. Nun stehen umfangreiche Sanierungsarbeiten an – und damit der Auszug. Aber wohin? Alle Möglichkeiten, vom Umzug in die alte Post bis zum Neubau, haben ihre Vor- und Nachteile. Der größte Nachteil, den DIE LINKE sieht: Bisher wurden diejenigen, die das Zentrum täglich nutzen, nicht am Verfahren beteiligt. Dabei geht es um ihren Raum, ihre Freizeitgestaltung, ihre Ideen. Am Dienstag, dem 16. September, beriet der Kulturausschuss der Rolandstadt über die Zukunft des EFFI. Grundlage war die Beschlussvorlage der Verwaltung zur langfristigen Unterbringung des Jugend- und Freizeitzentrums. Während die Mehrheit der Ausschussmitglieder sich bereits für eine konkrete Variante aussprach, haben wir als LINKE uns bei der Abstimmung enthalten. Nach unserer Auffassung wurde der elementare Punkt der Kinder- und Jugendbeteiligung gemäß § 19 der Kommunalverfassung Brandenburg völlig außer Acht gelassen.

Wir fordern: Bevor über den Verbleib und die Zukunft des EFFI entschieden wird, müssen die Kinder und Jugendlichen selbst gehört werden. Nur so entsteht eine tragfähige Lösung, die den Bedürfnissen der jungen Menschen gerecht wird und das EFFI auch langfristig als lebendigen, sicheren und attraktiven Ort erhält.

■■ *Benjamin Fechner (vertritt die Linke im Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Sport und Tourismus)*

Städte und Gemeinden ernst nehmen

Ein Interview

Derzeit wird auch in Ostprignitz und Prignitz intensiv an den Haushalten für die kommenden Jahre, insbesondere auch für 2026 gearbeitet. Der Kreistag OPR wird am 11.11.25 eine Haushaltklausur durchführen. Dabei geht es um 68.352.293 Euro, von denen die Städte und Gemeinden 43.085.318 Euro erhalten sollen. Was können wir uns noch leisten und woran soll der Rotstift ansetzen? Dabei geht es auch um die Sonderkredite für Investitionen, die die Bundesregierung beschlossen hat. Wir haben uns in Brandenburg umgeschaut und mit André Stahl (Die Linke), Bürgermeister in Bernau und stellv. Präsident des Deutschen Städtetages gesprochen, welche Position er dazu einnimmt.

Herr Stahl, Sie haben eine Bitte an den Kreis gerichtet, mit den Zuweisungen aus den Sonderkrediten für Investitionen, die die Bundesregierung beschlossen hat, sorgfältig umzugehen. **Worum geht es?**

André Stahl:
Der Landkreis wird aus dem sogenannten Sondervermögen insgesamt 120 Millionen Euro. bekommen, 80 Millionen davon sollen an die Städte und Gemeinden gehen, 40 Millionen verbleiben beim Kreis. Ich plädiere dafür, dass ohnehin geplante Projekte des Landkreises wie Schulneubauten damit finanziert werden und damit weniger Schulden aufgenommen werden. Das wäre langfristig eine gute Strategie, um die Belastung niedriger zu halten. Denn bei dauerhaft hoher Verschuldung würde der Kreis in den nächsten Jahren ansonsten die Kreisumlage erhöhen müssen. Das können die Städte und Gemeinden nicht stemmen.

Was bedeutet das?

André Stahl:
Die Kreisumlage zahlen alle Kommunen des Barnim an den Landkreis. Damit werden dessen Aufgaben finanziert. Denn der Kreis selbst verfügt nicht über Steuereinnahmen, sondern nur über die Zuschüsse der Landesregierung für übertragene Aufgaben. Die im übrigen aber auch nicht gut durchfinanziert sind.

Sie wurden dafür öffentlich kritisiert Im übertragenen Sinne warf man Ihnen vor, dass Sie sich bitte nur um die Aufgaben der Stadt kümmern sollten ...

André Stahl:
... das ist meine Aufgabe als Bürgermeister, mich über die langfristige Finanzierung aller Vorhaben der Stadt zu kümmern. Alle Städte und Gemeinden im Barnim sind an der Leistungsgrenze. Dazu habe ich mit anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gesprochen. Investitionen sind jetzt gut und wichtig. Bernau hat bisher in neue Wohngebiete, in Schulen, Kitas und die Bernau-Arena für Sport und Kultur investiert. Aber zuviele Kredite werden uns langfristig auf die Füße fallen. Deshalb plädiere ich dafür, hier das Maß zu wahren. Wenn es jetzt gelingt, ohnehin geplante Investitionen günstiger zu finanzieren, dann wäre das ein langfristiger Beitrag für die Zahlungsfähigkeit der Kommunen.

Wäre dieses langfristige Denken nicht auch eine Aufgabe für einen Landrat?

André Stahl:
Ja.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Landschaftspflegeverband Prignitz-Ruppiner Land bietet Weiterbildung für Naturschutzberatung

Hohe Nachfrage in den vergangenen Jahren: Die Ausbildung zur Naturschutzberaterin oder zum -berater des LPV wurde in den letzten Jahren sehr gut angenommen. Nicht alle Bewerber:innen konnten einen Platz ergattern. Nun geht es in die dritte Runde: Ab Oktober bietet der LPV erneut einen Lehrgang an, der zum Ziel hat, vorqualifizierte Personen – in erster Linie aus den Bereichen Landwirtschaft oder Naturschutz – zur Fachberatung im Agrarnaturschutz weiterzubilden. Aktuell gibt es noch einzelne Plätze, Interessierte können sich gerne bei uns bewerben.

Der Hintergrund für das große Interesse ist eine Vorgabe des Landes Brandenburg in der Agrarförderung: Landwirtschaftsbetriebe, die im Bereich des Agrarnaturschutzes Fördermittel beantragen, müssen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren nachweisen, dass sie eine entsprechende Fachberatung wahrgenommen haben. Brandenburg hatte bislang nur ein sehr begrenztes Angebot in der Fachberatung und hat daher in den letzten drei Jahren bereits die Ausbildung zur Fachberater:in gefördert. Zertifizierte Fachberater:innen werden in einem landeseigenen Portal gelistet und von den Betrieben angefordert.

Mit der Qualifizierung zur Fachberaterin oder zum Naturschutzberater können die Personen die Aufnahme in das Beraterportal beim Landesamt für Landwirtschaft beantragen und die Beratung kostenpflichtig anbieten.

Ein weiterer Grund für das Ausbildungsprogramm ist die Erkenntnis, dass die Ergebnisse aus der Förderung für den Agrarnaturschutz mit Beratung besser werden. Ein Ergebnis, das wir angesichts des Artenschwundes in den Agrarlandschaften dringend brauchen. Wer hat zum Beispiel in den letzten Jahren den früher häufig vorkommenden und auffälligen Kiebitz gesichtet? Heute ein seltenes Erlebnis ...

■■ *Andreas Bergmann*

Die Linke: „Verschonungsbedarfsprüfung“ abschaffen!

Am 3. September veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Steuererlasse im Rahmen der „Verschonungsbedarfsprüfung“.

Dieses Wortungetüm regelt gesetzlich, dass bei Schenkungen oder im Erbfall ab einem Wert von über 26 Millionen Euro ein Steuerverzicht des Staates beantragt werden kann. Das betrifft Firmenvermögen.

Der Beschenkte muss nachweisen, dass er die darauf eigentlich fällige Steuer nicht zahlen kann.

„Die Superreichen plündern den Staat aus – anders kann man das nicht nennen. Mit einem Gesetz, das sich liest, als wäre es von den Steuerberatern der Milliardäre geschrieben“, kommentiert **Jan van Aken**, Vorsitzender der Linken. *„Finanzminister Lars Klingbeil hat eine höhere Besteuerung von Superreichen ins Spiel gebracht“*, so van Aken weiter, *„hier könnte er jetzt ganz praktisch anfangen und die erst 2016 eingeführte Verschonungsbedarfsprüfung abschaffen – ohne für irgendwen die Steuern zu erhöhen.“*

Für das Jahr 2024 gab es bundesweit 45 Anträge auf Verschonung von der Erbschafts- oder Schenkungssteuer. Daraus hätte der Staat rund 3,55 Milliarden Euro an Steuern erhalten. Es wurden jedoch rund 3,4 Milliarden Euro erlassen, sodass der Staat am Ende nur rund 182 Millionen Euro eingenommen hat. Das ist ein neuer Rekord.

Die Linke wirbt schon lange für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – und steht damit nicht allein. Die Mehrheit der Bevölkerung möchte das so. Aber auch Menschen mit sehr hohen Einkünften. So hat sich Ende August der Immobilienunternehmer Josef Rick, der sein Vermögen mit „zwischen 40 und 100 Millionen Euro“ angibt, in der Frankfurter Rundschau dafür ausgesprochen. Er kritisierte zudem, dass er mit seinem jährlichen Einkommen

„im siebenstelligen Bereich“ (also über 1 Million Euro) kaum Steuern zahle, weil er viel von der Steuer absetzen könne.

■■ *bc*

Nahrung ist ein Menschenrecht

Die Prignitz ist stark von Landwirtschaft geprägt und Landwirtschaft ist immer politisch. Es geht ums tägliche Brot. Darum geht es auch der Prignitzer Landwirtin Julia Bar-Tal – und zwar nicht nur um die Schnitte auf dem eigenen Teller. Seit Jahren engagiert sie sich für den Erhalt der Ernährungssouveränität in Kriegsgebieten und hat mit der Organisation *‚Farmers without Borders‘* die Stellungnahme des NGO-Netzwerks *‚Forum Umwelt und Entwicklung‘* zur Situation in Gaza unterzeichnet. *„Nahrung ist ein Menschenrecht - Hunger als Waffe ein Verbrechen“*, lautet die Überschriftund von der Bundesregierung wird gefordert, endlich alles zu tun, um den Menschen in Gaza sicheren Zugang zu Nahrung zu verschaffen.

„Der Einsatz von Hunger als Waffe ist ein elementarer Verstoß gegen das Völkerrecht“, so Bar-Tal. *„Wenn das Völkerrecht nichts mehr gilt, gilt das Gesetz des Stärkeren ohne jede Beschränkung. Eine Welt, die systematische Völkerrechtsverletzungen zulässt, ist für uns alle eine sehr gefährliche Welt.“* Im Fall von Gaza werde nicht nur der Hunger als Waffe eingesetzt. *„Auch die Nahrungsmittel selbst werden zu perfiden Todesfallen, wenn Menschen bei der Verteilung von Militärs erschossen werden oder von abgeworfenen Versorgungspaketen erschlagen, weil Landwege versperrt sind.“* Bar-Tal sieht in dieser Politik die Dehumanisierung einer gesamten Bevölkerung. *„Dem tatenlos zuzusehen, ist untragbar“*. Auch langfristig sind die Schäden enorm: 98,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen sind in Gaza nicht mehr nutzbar. *„Das hat Auswirkungen über Generationen“*, so die Prignitzerin.

■■ *bms*

Kurz & knapp

Das Landtagsplenum hat sich am 24. September mit den Petitionen (über 20.000 Unterschriften) und mit Anträgen aller vier Fraktionen zum Krankenhausstandort Wittstock befasst. Vor dem Gebäude demonstrierten derweil Betroffene, darunter auch zahlreiche Linke. Trotz allem sieht es derzeit so aus, dass sich die Koalition – entgegen ihren Versprechen – nicht für den Erhalt des Krankenhausstandortes einsetzen wird.

Die Hamburger Volksinitiative *„Hamburg testet Grundeinkommen“* hat Anfang September offiziell die bundesweit erste Kampagne zum Volksentscheid über ein testweises Grundeinkommen gestartet. Am 12. Oktober steht der Volksentscheid an.

Theo Müller, Gründer des gleichnamigen Milliardenkonzerns, unterstützt öffentlich die AfD und normalisiert so deren rechtsextreme Politik. Campact organisiert derzeit eine bundesweite Kampagne, bei der Produkte des Konzerns – wie Joghurt mit der Ecke oder Müllermilch – mit aufklärenden Stickern beklebt werden. Wer mitmachen möchte, nutzt das Webformular unter *www.campact.de.*

Der Brandenburger Landtag hat in der letzten Septemberwoche über eine Migrationsquote an Brandenburger Schulen debattiert. **Katharina Slanina,** Landesvorsitzende der Brandenburger Linken, hält dies für einen völlig verfehlten Ansatz und hat deutlich gemacht, dass allein schon die Debatte um eine Migrationsquote die Ausländerfeindlichkeit im Land verschärft – und das auch noch auf dem Rücken von Kindern.

„Wer sie führt, hat kein Interesse daran, unser Bildungssystem zu verbessern. Eine Migrationsquote würde keine Schule besser machen. Statt Vorurteile schon bei den Jüngsten zu schüren, braucht es den Einsatz für mehr Ressourcen, Sprachförderung und multiprofessionelle Teams in Schulen. Davon profitieren alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft. Spracherwerb und individuelle Unterstützung sind der Schlüssel dafür, dass geflüchtete Kinder gut in unseren Schulen integriert werden und Bildungserfolge erleben können.“ Mit Verweis auf überfüllte Klassen fordert Slanina, bereits bei der Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen die vorhandenen Schul- und Kitaplätze zu berücksichtigen. *„Im Kampf gegen soziale Ungleichheit, um mehr Förderung und Ressourcen an Schulen, braucht es keine Quote, sondern Mut. Kinder lernen am besten durch eigenes Erleben. Die beste Integration und damit der beste Schutz vor Konflikten ist daher eine gleichberechtigte Teilhabe am Schulalltag!“*

Stephan Wende, stellv. Landesvorsitzender der Linken, hat sich zu den grassierenden Gerüchten über Ansiedlungspläne des chinesischen E-Auto-Herstellers Dreame in Brandenburg geäußert und Transparenz sowie die Beteiligung der Betroffenen – Kommunen, Verbände vor Ort, Bürgerinnen und Bürger – gefordert.

„Tesla lehrt uns: In Geheimverhandlungen erzielte Lösungen sind selten gute und nachhaltige Lösungen, die vor Ort Akzeptanz finden“, so Wende, der auch Fraktionsvorsitzender in der SVV Fürstenwalde ist. Wende weiter: *„Oder-Spree braucht eine ernsthafte Debatte, ob die jahrzehntelang verfolgte Entwicklung als Gesundheits- und Tourismusregion im Metropolraum Berlin zugunsten der Autoindustrie aufgegeben werden soll. Diese Entscheidung muss vor Ort getroffen werden, nicht fernab in der Potsdamer Staatskanzlei – und schon gar nicht in Konzernzentralen in den USA oder China! Bereits die Tesla-Ansiedlung hat zu einer gefährlichen Wasserverknappung in der Region geführt. Vor weiteren derartigen Ansiedlungen muss die Landesregierung zuerst nachweisen, dass die nötigen Ressourcen – insbesondere das schon heute knappe Wasser – dauerhaft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, ohne Einschränkungen für die Menschen in der Region. Außerdem muss die nötige Infrastruktur und Verkehrsanbindung geschaffen werden – und zwar ohne zusätzliche Lasten für die Kommunen und die öffentliche Hand!“*

Veranstaltungstipp

Die Phronesis Diskurswerkstatt bietet eine Fortbildung zum Nachbarschaftscoach *„Willkommen in der Nachbarschaft! - Wie hilft man Menschen, die neu in Deutschland sind?“* Kursbeginn ist am 15. Oktober in Kyritz.

Alle Informationen und die aktuellen Kurse stehen auf der Projekt-Webseite: *www.phronesis-bildung.de*

Vorgestellt:
Die LAG Linke Frauen

Anja Günter aus Potsdam, Phienby Nicole Skadow aus TF, Helene Brust und Sibylle Wallat-Schwarz aus HVL und Anja Jack aus UM sind seit dem 12. September die Sprecherinnen der derzeit 70 Mitglieder umfassenden LAG Linke Frauen des Landesverbandes der Linken Brandenburg.

Ihr Ziel ist es, Anregungen, inhaltliche Positionen und Anträge in den Landesverband zu bringen. Dabei geht es der LAG vor allem darum, feministische Politik in allen Kreisverbänden und Gremien zu verankern und aktuelle Gleichstellungsthemen zu bearbeiten. Da geht es um Gewaltschutz und die Evaluierung des entsprechenden Bundesgesetzes. So müssen aus Sicht der LAG alle Frauen geschützt werden, auch geflüchtete und transsexuelle. Wichtig sei zudem, dem geplanten Entzug oder der Kürzung der Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen entgegenzutreten. Dazu will die LAG eng mit der Bundestagsfraktion und den kommunalen Abgeordneten zusammenarbeiten. Die aktive Mitarbeit im Frauenpolitischen Rat des Landes, der anhaltende Kampf gegen den Paragraf 218, das Selbstbestimmungsrecht, Frauengesundheit auch im ländlichen Raum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Frauen im Ehrenamt sind weitere Stichworte auf der Agenda der LAG.
Nicht nur die aktuellen Bürgermeister:innenwahlen im Land Brandenburg belegen, wie viel noch zu tun ist: Drei Viertel aller Kandidierenden sind Männer.
Wichtig ist der LAG aber auch der latente Sexismus in Wort und Verhalten innerhalb der Gesellschaft, aber auch in der eigenen Partei. Ein erster Schritt soll die Bildung einer Vertrauensgruppe beim Landesvorstand und eine intensive Schulung der Zuständigen sein.
Darüber hinaus will die LAG die kommunalen Abgeordneten dazu motivieren, dafür zu sorgen, dass in allen Schulen kostenlose Hygieneartikel vorgehalten werden.
Am 29. November, dem Internationalen Tag der Gewalt gegen Frauen, wird sich die LAG an Aktionen beteiligen bzw. solche anregen und mitmachen.

Landesarbeitsgemeinschaft
LINKE FRAUEN
Brandenburg

Wer Interesse an der Arbeit der LAG hat, melde sich bitte unter *lag-frauen@dielinke-brandenburg.de*.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Termine

jeden Di und Do // 10 Uhr
politische Diskussionsrunden im „Linkseck“, Wilsnacker Straße 1, Kyritz

Mi 15.10. // 18 Uhr
Beratung des Kreisvorstandes der Linken OPR Kreisgeschäftsstelle Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin, OPR

Fr 17.10. // 20 Uhr
Trinken mit den Linken Fachgeschäft für Demokratie, Schlossstraße 20, 16831 Rheinsberg,

Mo 20.10. // 18:30 Uhr
Brettspieltreff „Zum roten Würfel“, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

Mi 05.11. // 18 Uhr
1-Euro-Frühstück Burgstraße 27, 16909 Wittstock, OPR

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG